

(Beifall bei der AfD)

Wenn die EU nicht schleunigst auf den Brexit reagiert und endlich die richtigen Konsequenzen zieht, werden wir wohl auch noch den Austritt anderer Mitgliedstaaten erleben müssen. Wir werden dann sehen, wie vielleicht ein hoch verschuldetes Italien aus dem Euro flieht und uns mit Target-Salden in Millionenhöhe zurücklässt. Nicht "noch mehr EU" ist der also der Schlüssel zur Lösung, sondern nur das Eingeständnis dieses Irrwegs. Ja, wir haben nun seit bald 75 Jahren Frieden. Ich gelange aber mehr und mehr zur Überzeugung: nicht wegen, sondern trotz dieser EU. Das kann auch so weitergehen. Weder werden uns die Briten attackieren, noch trachten die verbleibenden EU-Mitglieder danach, die Insel zu erobern. Earl Grey, After Eight und Mr. Bean werden also auch weiterhin den Weg zu uns finden.

Ich komme zum Schluss: Ja, vielleicht müssen die Briten in den nächsten Dekaden mit Einbußen rechnen. Sie haben jetzt aber immerhin die Chance, friedliebend mit ihren Nachbarn Handel zu betreiben, ohne sich den neuen Zeitgeist, der in Brüssel herrscht, gegen die eigene Lebensweise oktroyieren lassen zu müssen und,

(Toni Schubert (GRÜNE): Unsinn!)

auch das sei noch gesagt, ohne mit Menschen zwangsbeglückt zu werden, die das Vereinigte Königreich keinesfalls auf Druck von außen aufnehmen und alimentieren möchte. Das ist ein durchaus nicht zu unterschätzender Vorteil dieser Brexit-Entscheidung, um die wir die Engländer eines Tages vielleicht noch beneiden werden.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD kann sich deshalb dem Antrag der Staatsregierung anschließen.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Der Bayerische Landtag macht heute nicht mehr und nicht weniger als seine legislativen Hausaufgaben in Erster Lesung. Was andere Landtage wie die von Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bereits zum Jahreswechsel erledigt haben, vollziehen wir heute, rechtzeitig vor dem 29. März. Auch der Deutsche Bundestag hat ein sogenanntes Übergangsgesetz beschlossen. Daraus geht hervor, dass die Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs im Freistaat Bayern nach Landesrecht zumindest bis zum Jahreswechsel 2020/2021 noch wie EU-Bürgerinnen und EU-Bürger behandelt werden.

Andere Bundesländer haben sich in der Verwaltung und in der Exekutive sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was zu tun und was zu lassen ist. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, welche Auswirkungen der Brexit auf die Hochschullandschaft in den Bundesländern hat. Ein britischer Student, der an der Ludwig-Maximilians-Universität studiert, wird am 30. März vor verschiedenen Fragen stehen: Muss ich mich neu einschreiben? Hat das Stipendium, das ich bekommen habe, noch Gültigkeit? Meine Krankenversicherung aus England gilt nicht mehr; an welche Behörden kann ich mich wenden? – Das sind Fragen der Verwaltung, der Exekutive. Wir erledigen heute unsere legislativen Hausaufgaben. Dafür ist es auch höchste Zeit.

Gestatten Sie mir, auf einige Punkte von Herrn Henkel zu antworten, ohne dass ich über jedes Stöckchen springen will, das die AfD uns hinhält. Lieber Herr Henkel,

ich habe den Eindruck, Sie haben das Zusammenwirken in Europa nicht im Geringsten verstanden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie verstehen nicht, dass der Freistaat Bayern wie kaum ein anderer Landstrich auf dem europäischen Kontinent von der europäischen Idee profitiert. Als siebgrößte Volkswirtschaft sind wir davon abhängig, dass wir nahezu jedes zweite Produkt, das bei uns hergestellt wird, insbesondere in das europäische Ausland exportieren können. Sollten die Grenzen dichtgemacht werden, wie Sie das fordern, sollte die europäische Idee den Bach heruntergehen, was Sie begrüßen, und sollten andere Nationen wie die Holländer oder die Franzosen es den Briten nachmachen, wird unser Wohlstand den Bach hinuntergehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben nach 75 Jahren in Frieden Zweifel, ob tatsächlich die europäische Einigung dafür verantwortlich ist, dass wir auf unserem Kontinent seit über sieben Jahrzehnten Frieden haben. Sie stellen diesen Umstand sogar in einen Gegensatz zur Europäischen Union. Damit treten Sie tatsächlich das rhetorische Erbe eines Viktor Orbán an. Sie machen sich auf den Weg derer, die die Nationalisten auf dem europäischen Kontinent unterstützen. Das zerstört am Ende nicht nur den Frieden, sondern das Zusammenleben der Menschen überall auf unserem Kontinent.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb möchte ich heute anlässlich dieses rein technischen Gesetzes ein wenig Selbstkritik im Bayerischen Landtag zum Ausdruck bringen. Ich finde es bedauerlich, dass unsere Parteifreunde der Labour Party nicht von Anfang an in Großbritannien einen proeuropäischen Kurs verfolgt haben.

(Zurufe von der AfD)

Das ist ein großer historischer Fehler, den die Briten – Herr Henkel, Sie haben es selbst gesagt – über Dekaden wirtschaftlich spüren werden. Sie spüren die große Freiheit, aber in Wahrheit spüren sie die Unfreiheit des wirtschaftlichen Abschwungs, den sie selbst beschrieben haben. Ich bedauere, dass meine Parteifreunde nicht anders agiert haben.

Ich möchte aber auch kritisch in die Reihen der Konservativen in Bayern sagen: Es war ein Fehler, David Cameron zur CSU-Klausurtagung wenige Monate vor dem Brexit-Referendum einzuladen. Frau Hasselfeldt, Herr Söder und Herr Seehofer sagten übereinstimmend, was der britische Rosinenpicker formuliert habe, sei CSU-Politik pur. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie sollten ein wenig Selbstkritik üben. Heute vergießen Sie Krokodilstränen darüber, dass wir legislativ dieses Gesetz beschließen müssen, obwohl Sie Cameron und seinen Europa-Austretern zugejubelt haben. Das ist der Sache heute nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der Schlussredner in dieser Debatte ist Herr Kollege Helmut Markwort von der FDP.

(Zurufe von der CSU: Fakten! Fakten! Fakten!)

**Helmut Markwort (FDP):** Fakten gibt es wie immer. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung sind nur ein kleines Pflaster auf eine große Wunde. Sie hat ein harmloses Merkblatt verteilt, und sie regelt das Schicksal von britischen Staatsbürgern in